



BASis Info 3/2024

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

Liebe Leserin, lieber Leser,

der 24. Februar 2022 markierte eine Zeitenwende. Der russische Krieg gegen die Ukraine, der vor genau zehn Jahren mit der Annexion der Krim begann, hat mit dem Überfall auf die gesamte Ukraine vor zwei Jahren eine neue Dimension erreicht. Deutschland unterstützt die Ukraine seit dem russischen Überfall – finanziell, humanitär und auch militärisch. Wir sind zweitgrößter Unterstützer nach den USA und weiterhin enger Partner der Ukraine: Bundeskanzler Olaf Scholz hat dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zugesagt, die Ukraine auch in den kommenden Jahren bei ihrer Verteidigung gegen Russland zu unterstützen. Dieses Ziel haben wir auch erneut in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP zur Unterstützung der Ukraine betont, den wir in der vergangenen Woche im Bundestag beschlossen haben.

Seit dem russischen Überfall müssen Deutschland und Europa aber auch mehr in die eigene Verteidigungsfähigkeit investieren. Dabei dürfen höhere Verteidigungsausgaben nicht zulasten des Sozialstaats gehen. Für uns sind soziale Sicherheit und die territoriale Integrität Deutschlands, der EU und der NATO zwei Seiten derselben Medaille.

Zugleich richten wir unseren Blick weiterhin nach Israel. Anfang dieser Woche haben sich 26 EU-Staaten, auch Deutschland, in Brüssel für eine sofortige humanitäre Feuerpause im Gazastreifen ausgesprochen. Ich unterstütze diesen Schritt. Nur so wird es uns gelingen, die beteiligten Akteure zu

einem nachhaltigen Waffenstillstand zu bewegen, die Geiseln zu befreien und weitere humanitäre Hilfe bereitzustellen.

Ein anderes Thema, das viele bewegt: Wir haben die Entkriminalisierung von Cannabis beschlossen und sorgen damit für mehr Gesundheitsschutz. Ein kontrollierter Umgang, mehr Aufklärung und effektivere Suchtprävention schützen insbesondere Kinder und Jugendliche deutlich besser als bisher. Mit dem Cannabis-Gesetz ermöglichen wir ausschließlich Erwachsenen den privaten Eigenanbau von Cannabis zum Eigenkonsum sowie gemeinschaftlichen nicht gewerblichen Eigenanbau in Anbauvereinbarungen, den Cannabis Clubs.

Die Erfahrung zeigt: Verbote und Kriminalisierung haben den Cannabiskonsum nicht verringert, im Gegenteil. Cannabis vom Schwarzmarkt kann mitunter schwer gesundheitsschädlich sein. Durch nunmehr kontrolliert angebautes Cannabis in Cannabis Clubs wollen wir die Gesundheitsrisiken drastisch senken und den Schwarzmarkt erheblich eindämmen. Deshalb werden wir Aufklärung und Prävention ins Zentrum unserer Politik stellen. Wir wollen hierzu die Aufklärungsarbeit vor allem für junge Menschen intensivieren, um Konsum besser zu verhindern. Eine Abgabe von Cannabis an unter 18-Jährige bleibt untersagt. Das Cannabisgesetz wird zudem unter Beteiligung des Bundeskriminalamtes von Beginn an streng evaluiert.

Herzliche Grüße
Bärbel Bas



Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie. Das zeigen nicht zuletzt die Veröffentlichungen des Recherchezentrums Correctiv. Ziel der Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten ist es, die freiheitliche Demokratie abzuschaffen und unsere Gesellschaft nach ihren völkisch-rassistischen und antipluralistischen Vorstellungen umzugestalten. Für sie entscheidet die Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder Nation über den Wert eines Menschen. Dieses Verständnis steht im fundamentalen Widerspruch zu den Werten unseres Grundgesetzes.

extremismus und Rassismus stark machen und Gesicht zeigen. Und auch der Staat muss die Menschen vor rechten Bedrohungen und rechtsextremer Gewalt schützen.

Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus

Dazu hat die Bundesregierung nun den Aktionsplan „Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen - Instrumente der wehrhaften Demokratie nutzen“ vorgelegt. Er umfasst 13 Maßnahmen zum Schutz der Demokratie und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Die Ziele darin sind u.a. eine verbesserte Entwaffnung von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten, eine konsequentere Verfolgung strafbarer Inhalte im Internet, mehr Befugnisse des Bundesverfassungsschutzes bei der Aufdeckung von Finanzquellen rechtsextremistischer Netzwerke sowie eine Änderung des Grundgesetzes, um die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts stärker abzusichern. Darüber hinaus soll der Verfassungsschutz verstärkt örtliche Behörden über Erkenntnisse zu Rechtsextremistinnen und -extremisten informieren. So sollen etwa rechtsextreme Veranstaltungen konsequenter untersagt werden. Zudem sollen Ein- und Ausreisen von Rechtsextremistinnen und -extremisten so weit wie möglich verhindert werden.

Wir schützen unsere Demokratie gegen ihre Feinde!

- ➔ Rechtsextremistische Netzwerke zerschlagen und ihre Finanzquellen austrocknen.
- ➔ Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst entfernen.
- ➔ Rechtsextremisten entwaffnen.
- ➔ Demokratieförderung stärken.
- ➔ Hass im Netz bekämpfen.

SPD Fraktion im Bundestag

Gemeinsam gegen rechts

In den vergangenen Jahren verübten Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten regelmäßig über 20.000 Straf- und Gewalttaten im Jahr. Hinter diesen Zahlen steht für viele Menschen in Deutschland auch die Angst, selbst zum Ziel rechtsextremistischer Angriffe zu werden – vor allem für Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Es ist daher wichtig, dass sich die Menschen überall in Deutschland für Demokratie und Vielfalt und gegen Rechts-

Demokratie und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit. Es braucht Staat und Zivilgesellschaft: Wir müssen im Kampf gegen jede Form von Extremismus, Hass und Menschenfeindlichkeit zusammenstehen: für Demokratie, Vielfalt und für die Rechts- und Werteordnung des Grundgesetzes. Es liegt an uns allen, diese Werte mit aller Kraft zu verteidigen. Gemeinsam und solidarisch müssen wir uns gegen Rechtsextremismus stellen.



Spannender Austausch im Landfermann-Gymnasium

Mitte Februar habe ich im Landfermann-Gymnasium mit Schülerinnen und Schülern über Demokratie, aktuelle politische Themen und meine Arbeit als Bundestagspräsidentin diskutiert.

Der Deutschlandfunk hat in der Schulaula erst ein Interview mit Chefredakteurin Birgit Wentzien und im Anschluss unsere Diskussionsrunde aufgezeichnet. Inzwischen wurde das Interview der DLF-Sendung „Kulturfragen“ ausgestrahlt. Nachhören können Sie die Sendung unter <https://www.deutschlandfunk.de/demokratie-verstaendlich-machen-baerbel-bas-praesidentin-des-dt-bundestags-dlf-b9288dad-100.html>.

Die Schülerinnen und Schüler wollten bei der Frage viele von mir wissen – zum Beispiel: Wie sieht Ihre Arbeitswoche als Bundestagspräsidentin aus? Was ist die Gefahr von Fake News in den sozi-



alen Medien für unsere politische Bildung? Wie sehen Sie den Einsatz von KI in der Schule?

Ich habe mich sehr über die Einladung durch die Schülerinnen und Schüler gefreut. Gespräche mit jungen Menschen sind mir ein besonders wichtiges Anliegen. Sie werden unsere Demokratie zukünftig gestalten. Danke für die engagierte Diskussion.

Zu Gast in der Wirtschaftsrunde im Duisburger Rathaus



Bei der Wirtschaftsrunde im Duisburger Rathaus habe ich mich mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Stadtgesellschaft ausgetauscht und mit ihnen darüber gesprochen, wie wir gemeinsam Demokratie und Zusammenhalt stärken können.

Die Enthüllungen des Recherchezentrums Correctiv über das Potsdamer Treffen rechtsextremer Kreise und deren Vorhaben zur Deportation von

Millionen von Deutschen mit ausländischen Wurzeln hat uns die Gefahr, die heute von Rechtsextremen ausgeht, direkt vor Augen geführt. Ich begrüße sehr, dass auch viele Unternehmerinnen und Unternehmer jetzt Flagge zeigen für Toleranz und Vielfalt. So machen wir gemeinsam deutlich: Wir, die demokratische Mitte, nehmen solch eine menschenverachtende Ideologie nicht hin.

Im Austausch wurde außerdem klar: Es braucht mehr Planungssicherheit, gerade in Zeiten, in denen wir mit vielen Krisen umgehen müssen. Um Vertrauen und Verständnis zu schaffen, ist der Dialog zwischen Politik und Betrieben sowie Beschäftigten besonders wichtig. Denn Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft können nur gemeinsam erfolgreich sein.

Ich danke Oberbürgermeister Sören Link für die Einladung und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für den guten Austausch.



Mein Tagebuch

Demokratie muss erlebt, erfahren und erlernt werden. Und das am besten von klein auf. Nur dann wird sie auf Dauer bestehen. Das möglich zu machen, liegt mir bei meiner Arbeit besonders am Herzen. Es freut mich daher sehr, dass ich als Schirmfrau beim Startschuss für das Demokratieprojekt im Blauen Haus in Hochfeld dabei sein konnte. Dieses Projekt hat das Ziel, Kindern und Jugendlichen zu vermitteln, wie demokratische Prozesse funktionieren. Dazu werden jeden Monat zwei von ihnen unter demokratischer Mitwirkung aller anderen zu einer Moderatorin und einem Moderator des Projekts gewählt. Das Duo erhält dann 500 Euro und darf, mit Unterstützung der Beschäftigten des Blauen Hauses, entscheiden, wie diese für die Kinder im Blauen Haus verwendet werden.

Ich bin überzeugt, die Kinder und Jugendlichen werden ein Leben lang von diesem Projekt profitieren. Denn sie werden beteiligt, können sich einbringen und mitentscheiden. Sie lernen, zu diskutieren und Kompromisse zu schließen, demokratisch getroffene Entscheidungen zu akzeptieren und zu respektieren. Und lernen so konkret, was unsere Demokratie ausmacht und wie sie funktioniert. Dieses Verständnis zu schaffen, ist gerade in diesen Monaten sehr wichtig. Vielen Dank daher an alle, die dieses für Hochfeld und ganz Duisburg wichtige Projekt auf die Beine stellen.



Direkt von einem Auslandssemester in Asien nach Berlin ging es für meine neue Praktikantin Sonia Miosga. Sie kommt natürlich aus Duisburg und studiert in Lüneburg Kulturwissenschaften und Volkswirtschaft. Ihr großes Interesse für Politik hat sie nun zu meinem Team und mir nach Berlin geführt. Für sechs Wochen unterstützt sie uns bei der Arbeit im Bundestag und wird dabei sicher viele wertvolle Erfahrungen mitnehmen. Ich danke Sonia schon jetzt für ihre Unterstützung. Es war mir eine große Freude, dass wir uns in der vergangenen Woche persönlich kennenlernen konnten.

Bis zum nächsten Mal,
ich freue mich drauf!

Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:
<https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>

Neues zum Schluss